



Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Aktuell

Sonderausgabe

Was ist die Rolle der Schweiz in der Welt?

UNITED NATIONS NATIONS UNIES

JA ZUR
NEUTRALEN
SCHWEIZ

Nr. 17 | MAI 2026

In dieser Ausgabe:

Referate anlässlich der
4. Mitgliederversammlung
von Pro Schweiz vom
18. April 2026 in der
Mehrzweckhalle der
Kaserne Bern, Bern



«Standortbestimmung»

Dr. Stephan Rietiker
Seite 3

«Ja zur Neutralitätsinitiative»

Walter Wobmann
Seite 6

«Sanktionen töten!»

Prof. em. Dr. Wolf Linder
Seite 10

«Schweizer Neutralität oder Krieg in der Schweiz»

Dr. Christoph Blocher
Seite 14

«Ein Gespenst treibt sein Unwesen»

Adrian Amstutz
Seite 18



Öffentliche
Bundesfeier 2026
siehe Rückseite



Pro Schweiz: «Die Stunde der Entschlossenen»

Die Mitgliederversammlung vom 18. April 2026 war mehr als ein «Event». Sie war ein Aufbruch. Über 800 Mitglieder und Gäste kamen nach Bern – und sie kamen nicht, um zuzuwarten, sondern um ein klares Signal zu senden: Die Schweiz gehört nicht in fremde Abhängigkeiten. Sie bleibt neutral, souverän und frei.

Der **Gesslerhut**, den wir aufgestellt haben, ist kein nostalgisches Theaterrequisit, sondern ein Mahnmal. Seit Jahrhunderten steht er für den Versuch, ein Volk zur Unterwerfung zu zwingen – und für den Moment, in dem Menschen entscheiden müssen, ob sie den Kopf senken oder aufrecht stehen. Genau diese Entscheidung stellt sich heute wieder. Und die Stimmung im Saal zeigte: Unsere Mitglieder wissen, was auf dem Spiel steht.

Präsident Dr. **Stephan Rietiker** brachte es in seiner Standortbestimmung auf den Punkt: Neutralität ist nicht verhandelbar. Sie ist der Schutzwall, der uns vor der Vereinnahmung durch geopolitische Machtblöcke bewahrt. Die jungen Grussbotschaften machten klar, dass die nächste Generation bereit ist, diesen Schutzwall zu verteidigen – mutig, wach und ohne Illusionen.

Prof. Dr. **Wolf Linder** zeigte wissenschaftlich fundiert, wie Sanktionen – nicht-militärische Zwangsmassnahmen – das Leid der Menschen verstärken und Mächtige schonen. Dr. **Christoph Blocher** erinnerte daran, dass die schweizerische Neutralität einzigartig ist, weil sie immerwährend, bewaffnet und umfassend ist. Vorstandsmitglied **Adrian Amstutz** sprach mit unmissverständlicher Klarheit über Wehrhaftigkeit und

Selbstbehauptung. Und Vizepräsident **Walter Wobmann** zeigte auf, weshalb die Neutralitätsinitiative genau jetzt nötig ist: weil der Druck auf unsere Souveränität zunimmt.

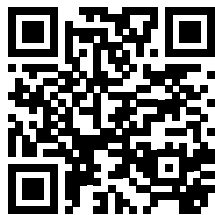
Die Botschaft war eindeutig: Die Schweiz steht vor einer Richtungsentscheidung – und wir sind Teil dieser Entscheidung. Darum beginnt jetzt die entscheidende Phase. Dieses Jahr stimmen wir über die Neutralitätsinitiative ab. Danach folgen die Unterschriftensammlungen für die Referenden gegen das EU-Vertragspaket. Und schliesslich stimmen wir über den EU-Unterwerfungsvertrag ab und somit über das Fortbestehen der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Das heisst: **Jetzt braucht es uns alle. Nicht später. Nicht irgendwann. Jetzt.** Jede Unterschrift zählt. Jede Stimme zählt. Jede Stunde Einsatz zählt. Die Mitgliederversammlung hat gezeigt, dass wir viele sind – und dass wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Der Gesslerhut erinnert uns daran, dass Freiheit nie selbstverständlich ist. Und er zeigt: Mut beginnt bei wenigen – und bewegt viele. Machen wir 2026 zum Jahr der Entschlossenheit, der Klarheit, der Haltung. Ein Jahr, in dem die Schweiz zeigt, dass sie sich nicht beugt. Gemeinsam. Unbeirrbar. Für unser Land.

Werner Gartenmann,
Geschäftsführer Pro Schweiz

**Jetzt Pro Schweiz
Mitglied werden!**



ISSN 2234-9723

Redaktionsschluss dieser
Ausgabe: 30. April 2026

**Redaktion Pro Schweiz
Postfach**

**3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27**

redaktion@proschweiz.ch

LEGATE

In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertschriften und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie Pro Schweiz berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz.

Herzlichen Dank.



«Standortbestimmung»

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder und Freunde von Pro Schweiz, verehrte Gäste – darunter unsere Ehrengäste aus verschiedenen Botschaften, liebe Schweizerinnen und Schweizer, liebe Patrioten!

Ich stehe heute hier in Bern, im Herzen unseres Landes, und ich spüre es: Das ist kein normales Treffen. Das ist ein Aufbruch! Das ist der Moment, in dem sich das Schweizer Volk zu erheben beginnt und sagt: Genug ist genug!

Schaut euch um. 800 Gesichter. 800 Herzen, die für dieselbe gute Sache schlagen.

Nämlich:

1. Für eine Schweiz, die frei bleibt – frei von Brüsseler Bürokraten, frei von ideologisch getriebenen Geisterfahren, die ihre eigene Wirtschaft an die Wand fahren, frei von fremden Gesetzen, frei von fremden Richtern.
2. Für eine Schweiz, in der die Meinungsfreiheit und die urdemokratischen Werte konsequent verteidigt werden.
3. Für eine Schweiz, die ihre immerwährende, bewaffnete Neutralität nicht nur auf dem Papier hat, sondern ggf. mit der Waffe verteidigt.
4. Und für eine Schweiz, die euren Kindern und Enkeln ein Land übergibt, das noch immer souverän ist und kein kleines, angekettetes Anhängsel der Europäischen Union.

Das wollen die in Brüssel und in den Salons der Globalisten nicht mehr hören. Aber wir sind hier. Standhaft wie eh und je.

Liebe Freunde, die Bedrohung kommt nicht mit Panzern über die Grenze. Sie kommt schleichend. Nicht die EU ist unser grösster Feind, nein: der wahre Feind ist im Innern: die Mehrheit des Bundesrats sowie viele Beamte und Politiker in Bundesbern entpuppen sich als 5. Kolonne und versuchen, uns für dumm zu verkaufen: Mit sinnlosen Verträgen. Mit gerissener Verschleierungstaktik und Lügen. Mit Worthülsen wie «bilateralen Abkommen». Mit netten Begriffen wie «Zusammenarbeit» und «Harmonisierung». Aber hinter diesen Begriffen steht der alte Traum der Zentralisten: die Schweiz zu zähmen. Oder wie sagte es doch der aufgeblasene ehemalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker: «Die Schweiz ist ein geostrategisches Unding». Und diese Meinung besteht in der EU mehr denn je. Unser Geld, unsere Grenzen, unsere Armee, unsere Gesetze – alles soll langsam, aber sicher in die grosse EU-Maschine eingespeist werden.

Ich sage euch: Hier geht es nicht um Partnerschaft. Das ist ein Käfig. Ein Käfig mit vielleicht goldenen Stäben, aber dennoch ein Käfig. Und wir Schweizer sind keine Vögel, die man einsperrt.



EU-Vertragspaket: Hier geht es nicht um Partnerschaft. Das ist ein Käfig. Ein Käfig mit vielleicht goldenen Stäben, aber dennoch ein Käfig. Und wir Schweizer sind keine Vögel, die man einsperrt.

Denkt an unsere Geschichte. 1848 haben unsere Vorfahren die Bundesverfassung geschrieben – nicht, weil Brüssel oder sonst wer es uns befohlen hat, sondern weil das Volk es wollte. 1815 haben wir die Neutralität angenommen – nicht etwa aus Schwäche, sondern aus einer Position der Stärke. Zwei Weltkriege haben gezeigt: Wer die Schweiz angreifen würde, dem wird eine sehr hohe Rechnung präsentiert. Bewaffnet. Entschlossen. Unbeugsam. Das hat uns vor Kriegen bewahrt!

Und genau diese Haltung wollen sie uns heute ausreden. «Die Welt hat sich verändert», sagen die Eliten. «Ihr müsst euch anpassen», sagen die EU-Lobbyisten. «Neutralität ist veraltet», sagen diejenigen, die in ihren feinen Büros in Bern, Genf und Brüssel sitzen und nie einen Dienst in unserer Armee geleistet haben.

Ich antworte ihnen mit einem einzigen Wort: Lüge.

Unsere Neutralität ist nicht veraltet. Sie ist zeitlos. Sie ist der Grund, warum die Schweiz noch immer das vertrauenswürdigste Land der Welt ist. Warum Banken, Firmen und Menschen aus aller Welt zu uns kommen. Weil wir niemandem gehören. Weil wir keinem Block dienen. Weil wir nur dem Schweizer Volk dienen.

Und genau deshalb setzt sich Pro Schweiz jeden Tag mit voller Überzeugung ein: nicht für links und nicht für

rechts, sondern ausschliesslich für die Schweiz. Für ihre Souveränität und für die direkte Demokratie, in der das Volk selbst entscheidet – und nicht etwa nicht gewählte Kommissare in Brüssel.

Worum geht es? Es geht um unsere Selbstbestimmung und um unsere Neutralität, die wir mit Zähnen und Klauen verteidigen – auch wenn die EU mit Sanktionen und Drohungen kommt.

Wir müssen Nein sagen, wenn sie unsere Grenzen aufweichen, uns Massen von Migranten und Asylanten aufhalsen wollen, unsere Armee schwächen und unsere Gesetze aushebeln wollen.

Es ist höchste Zeit, Pro Schweiz zur stärksten Stimme der Schweiz zu machen – hier in Bern, in den Kantonen, an jedem Stammtisch und an jeder Urne.

Das ist es, was wir heute gemeinsam auf den Weg bringen müssen. Kein Applaus zum Schluss und dann ab nach Hause. Nein. Ich will, dass wir alle ein Feuer entfachen. Ich will, dass ihr morgen aufsteht und jedem erzählt: Die Schweiz gehört den Schweizern. Punkt.

Schaut euch die Welt an. Überall zerbrechen die alten Blöcke. Wahlversprechen und Verträge werden systematisch gebrochen. Die Verabsolutierung von erneuerbaren Energien erweist sich als veritabler Schuss in den Ofen. Überall erwacht das Nationalbewusstsein wieder. Die Menschen wollen keine ferngesteuerte Politik mehr. Sie wollen Wurzeln. Sie wollen Heimat. Sie wollen Kontrolle über ihr eigenes Schicksal. Sie wollen Eigenverantwortung und keine Fremdbestimmung durch einen übergriffigen, überregulierten Nannystaat.

Die Schweiz war immer Vorbild. Wir waren immer das Land, das bewiesen hat: Klein kann gross sein – wenn es frei ist. Klein kann stark sein – wenn es bewaffnet und neutral ist.

Aber Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Freiheit muss man jeden Tag neu erkämpfen. Genau das tun wir



hier bei Pro Schweiz. Wir sind keine Partei. Wir sind eine Bewegung. Die Bewegung der Schweizer, die nicht länger zuschauen wollen, wie ihre Souveränität tröpfchenweise wegverhandelt wird.

Deshalb sage ich euch heute klipp und klar, was unser Programm ist – einfach und verständlich:

1. Wir wollen keine Anbindung an die EU. Weder durch die Hintertür noch durch das Kellerfenster. Keine institutionelle Einbindung. Keine Übernahme von EU-Recht. Nie und nimmer.
2. Wir wollen keine Auslagerung der Energiepolitik, der Gesundheitspolitik, der Landwirtschaftspolitik u.a. an die EU.
3. Wir bestimmen die Zuwanderung und sämtlichen Personenverkehr in und durch die Schweiz eigenständig und souverän.
4. Wir wollen die Erhaltung der immerwährenden, bewaffneten und integralen Neutralität. Unsere Armee wird wieder zu einer Volksarmee. Sie muss wieder kampfbereit werden. Sie bleibt unabhängig. Keine Annäherung an die Nato und kein Mitmachen bei einer EU-Armee.

Wer unsere Neutralität antastet, bekommt es mit dem ganzen Schweizervolk zu tun. Der Wehrwille ist wieder gezielt zu fördern, denn ohne Wehrwillen bringen auch die besten Waffensysteme nichts.

Das ist keine Politik von gestern. Das ist Politik für morgen. Für unsere Kinder und Enkelkinder. Für die Schweiz von 2050 und darüber hinaus, die noch immer frei sein soll.

Und wisst ihr, was das Schönste ist? Wir sind nicht allein. Ihr seid hier. Die 800. Und hinter euch stehen Hunderttausende, wenn nicht gar Millionen, die genau dasselbe denken, aber noch nicht die Stimme gefunden haben. Pro Schweiz gibt ihnen diese Stimme.

Deshalb rufe ich jeden Einzelnen von euch auf: Werdet aktiv. Sprecht mit euren Nachbarn. Geht an die Urnen. Unterstützt Pro Schweiz mit eurer Zeit, mit eurem Geld, mit eurem Herzen. Denn wenn wir zusammenstehen, sind wir stark.

Die Eliten in Bern und Brüssel mögen uns für altmodisch halten. Die Globalisten mögen uns für stur halten. Aber die Geschichte lehrt uns: Die Sturen gewinnen. Die Freien gewinnen. Die Schweizer gewinnen.

Heute ist der Tag, an dem wir das Signal aussenden:

1. Die Schweiz bleibt Schweiz! Die Schweiz bleibt frei! Die Schweiz bleibt neutral – und bewaffnet!
2. Wir von Pro Schweiz stehen für die Souveränität unseres Landes ein.
3. Wir verteidigen die immerwährende, integrale und bewaffnete Neutralität mit allen demokratischen Mitteln.
4. Wir alle gehen von hier hinaus und kämpfen für die Schweiz, die wir lieben.



Die Menschen wollen keine ferngesteuerte Politik mehr. Sie wollen Wurzeln. Sie wollen Heimat. Sie wollen Kontrolle über ihr eigenes Schicksal. Sie wollen Eigenverantwortung und keine Fremdbestimmung durch einen übergriffigen, überregulierten Nannystaat.

Walter Wobmann, alt Nationalrat, Präsident
des Komitees «Neutralitätsinitiative»,
Vizepräsident Pro Schweiz



«Ja zur Neutralitätsinitiative»

Wir sind heute zusammengekommen, weil eine wesentliche Säule unserer Schweiz in Gefahr ist. Eine Gefahr, die aus Bundesbern kommt – von jenen, die eigentlich unser Land schützen sollten. Unsere über die Jahrhunderte entstandene, bewährte Neutralität, die uns vor Kriegen bewahrt hat, wird systematisch zerstört. Deshalb müssen wir **Ja zur Wahrung der schweizerischen Neutralität sagen und das heisst konkret: JA zur Neutralitätsinitiative!**

Das Wunder der Schweiz

Stellen wir uns kurz vor, was unsere Schweiz wirklich ist. Aus dem einstigen Armenhaus Europas ist eines der wohlhabendsten Länder der Welt geworden. Das grenzt an ein Wunder!

Wie haben wir das geschafft? Mit einer einfachen, aber genialen Devise: **Gegen aussen unabhängig, gegen innen freiheitlich, mit weltweit einzigartigen Bürgerrechten, föderalistisch aufgebaut, marktwirtschaftlich, aber selbstbestimmt und: immerwährend, bewaffnet und umfassend neutral.**

Die Regeln des Zusammenlebens gab sich die Schweiz selber. Oder wie dies der erste Präsident des Bundesrates von 1848, Johannes Furrer, angesichts internationaler Einmischungen aussprach: «Die unabhängige Schweiz wird sich weiterhin selber regieren!»

Die Lehre aus der Geschichte: Neutralität macht stark!

Die Geschichte lehrt uns eine einfache, aber entscheidende Wahrheit: Der Schweiz ging es immer dann gut, wenn sie sich an ihre strikte Neutralität hielt – und sie geriet immer dann in Gefahr, wenn sie davon abwich!

Nach dem Ersten Weltkrieg – 1929 – hatte die Schweiz im Übermut und naiv unsere bewährte Neutralität stark verwässert – heute würde der Aussenminister Bundesrat Cassis von der flexiblen Neutralität sprechen – und ist dem Völkerbund, dem Vorläufer der UNO, beigetreten. Das Ergebnis? Wir gerieten in eine aussenpolitische Sackgasse! Als Mussolinis Truppen Äthiopien angriffen, mussten wir Wirtschaftssanktionen gegen Italien übernehmen – und Mussolini drohte uns unverhohlen mit Krieg!

Erst als wir 1938 zwingend **zurück zur integralen Neutralität** fanden, atmete die ganze Schweiz auf. Bundesrat Giuseppe Motta rief unter dem Jubel der Anwesenden: **«Es wird in Zukunft keine differenzielle Neutralität mehr geben. Die Neutralität wird wieder das, was sie während Jahrhunderten gewesen war: uneingeschränkt und ewig.»**

Und diese Rückkehr zur Neutralität kam nur wenige Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs! Es war genau diese schweizerische Neutralität, die uns in diesem mörderischen Krieg den Frieden sicherte!

Und heute?

Meine Damen und Herren, heute sind wir wieder in einer ähnlichen Situation wie 1920: bei der Preisgabe der Schweizer Neutralität. Die Diskussion im Nationalrat in der Frühlingssession hat gezeigt: Die Mehrheit der Classe politique will überhaupt keine Schweizer Neutralität mehr.

Der Beweis: Die Parlamentsmehrheit hat nicht einmal einen stark abgeschwächten Gegenvorschlag zur Neutralitätsinitiative angenommen – einen Text, der bloss gesagt hätte: «Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.»

Denken Sie mal darüber nach! Nicht einmal diese minimale Anerkennung unserer Neutralität wurde gewürdigt! Das ist der unmissverständliche Beweis: Bundesbern will die Neutralität nicht nur «flexibel handhaben» – sie wollen sie ganz weghaben!

Wenn schon die Grundformel unserer Neutralität, die seit Jahrhunderten gilt, für sie zu viel ist, dann ist klar, was ihre wahre Absicht ist: die vollständige Integration in die Nato und in die EU! Das geht Hand in Hand, Schritt für Schritt, ohne das Volk!

Damit steigt die **Kriegsgefahr für die Schweiz erheblich!** Die Politiker wollen freie Hand bei fremden Händeln und für die Kriegsführung. Die Bevölkerung würde allein und ungeschützt bleiben.

Genau dies ist 2022 geschehen: Die Bundesratsmehrheit, applaudiert von den Internationalisten, knickte **unter ausländischem Druck ein und hat die EU-Sanktionen gegen Russland völlig neutralitätswidrig übernommen. Der Bundesrat machte damit die Schweiz zur Kriegspartei. Denn wer gegen eine Partei einseitig nicht-militärische Zwangsmassnahmen ergreift, unterscheidet zwischen Gut und Böse. Und verliert die Glaubwürdigkeit als neutraler Vermittler.**

Was uns wirklich droht: Krieg, Elend und Zerstörung!

Reden wir Klartext! Was passiert, wenn wir unsere Neutralität aufgeben werden? Wir holen den Krieg direkt zu uns ins Land!

Schauen Sie sich um in der Welt! Überall sehen wir die Bilder: Zerstörte Städte, flüchtende Familien, weinende Kinder, getötete Zivilisten, Hunderttausende tote Sol-

daten, tägliche Massaker. Das ist kein fernes Schicksal – das droht uns, wenn wir diesen Weg weitergehen!

Unsere Vorfahren haben uns Frieden geschenkt. Frieden, den sie mit klugen Entscheidungen erkämpft haben. Und den sie mit einer starken Armee verteidigt hätten. Den Frieden, den unsere Politiker heute verspielen!

Wenn wir jetzt nicht handeln, dann werden unsere Kinder und Enkelkinder eines Tages fragen: Warum habt ihr nichts getan? Warum habt ihr unseren Frieden weggegeben?

Das ist kein politisches Geschwätz – das ist die nackte, brutale Wahrheit! Jeder Schritt weg von der Neutralität ist ein Schritt hin zum Krieg!

Warum die Initiative unsere Rettung ist

Die Neutralitätsinitiative ist kein starres Korsett, sondern unser Rettungsanker. Sie stellt klar:

- **Ja zur immerwährenden Neutralität!** Nicht von Fall zu Fall!
- **Ja zur bewaffneten Neutralität!** Wir verteidigen uns selbst!
- **Ja zur umfassenden Neutralität!** Militärisch, politisch, wirtschaftlich!
- **Ja zur humanitären Tradition der Schweiz!** Es ist kein Zufall, dass das IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) seinen Hauptsitz in Genf hat!
- **Ja zur Friedensdiplomatie der Schweiz!** Die Welt braucht einen verlässlichen, neutralen Vermittler!

Die Initiative gibt uns klare Regeln zurück. Regeln, die vor politischem Zickzack schützen. Regeln, die unsere Politiker daran hindern, uns in fremde Konflikte hinein-zuziehen.



Jeder Schritt weg von der Neutralität ist ein Schritt hin zum Krieg!

NEUTRALITÄTSINITIATIVE: JA



Unser Aufruf zum Handeln

Ich rufe Sie auf: Stehen Sie auf für unsere Schweiz! Für unsere Neutralität! Für unsere Zukunft!

Was müssen wir tun?

- 1. Sprechen Sie mit jedem!** Erklären Sie Ihren Familienangehörigen, Nachbarn, Freunden, Berufs- und Vereinskollegen, was auf dem Spiel steht.
- 2. Seien Sie laut und sichtbar!** Plakate, Kleber, Leserbrief, Gespräche – zeigen Sie, dass wir viele sind!
- 3. Organisieren Sie Treffen!** Gemeinsam sind wir stark. Bringen Sie die Fakten auf den Tisch.
- 4. Nutzen Sie jede Plattform!** Social Media, Lokalzeitungen, Gemeindeversammlungen – überall müssen wir zu hören sein!
- 5. Spenden Sie, auch ein Fünfliber ist willkommen!** Gegen die mächtigen Gegner brauchen wir jeden Franken.
- 6. Und gehen Sie dann abstimmen, nehmen Sie Ihr Umfeld mit:** Jede Stimme zählt!

Unsere einfache, klare Botschaft

Vergessen Sie die komplizierten Argumente. Es geht um eine einfache Botschaft:

Kein Krieg! Neutralitätsinitiative JA!

Das ist alles, was zählt! Kein Krieg auf unserem Boden! Kein Elend in unseren Dörfern und Städten! Keine Zerstörung unserer Heimat!

Aufruf

Die Schweizer Neutralität ist einzigartig. Sie ist selbstgewählt, sie ist immerwährend, sie ist bewaffnet und umfassend.

Unsere Vorfahren haben uns dieses Erbe mit Blut und Schweiss übergeben. Ein Erbe des Friedens, der Unabhängigkeit und der Weisheit. Jetzt liegt es an uns, es zu bewahren.

Die Politiker in Bern haben bewiesen, dass sie unsere Neutralität nicht schützen wollen. Nicht einmal die einfachste Grundformel unserer Neutralität war ihnen heilig! Also müssen wir es tun! Das Volk muss sich selbst schützen!

Gehen Sie jetzt raus und kämpfen Sie für unsere Schweiz! Für unsere Kinder! Für unsere Zukunft!

Kein Krieg! Neutralitätsinitiative JA!

Gemeinsam werden wir gewinnen – für eine neutrale, freie und friedliche Schweiz!



Der Schweiz ging es immer dann gut, wenn sie sich an ihre strikte Neutralität hielt – und sie geriet immer dann in Gefahr, wenn sie davon abwich!

Dieses Flugblatt
können Sie im
Shop bestellen.

1 Minuten

Pro Schweiz, Postfach, 3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch



Sanktionen töten mehr als Krieg

Ein Aufruf zur Menschlichkeit und Verantwortung

«Wirtschaftssanktionen gelten oft als 'sanfte' Alternative zum Krieg. Doch ihre Auswirkungen sind alles andere als sanft.» Studien zeigen: Sie treffen vor allem die Schwächsten – und fordern mehr Todesopfer als militärische Konflikte.

Was sind Sanktionen wirklich?

Sanktionen sollen Regierungen unter Druck setzen – doch in der Realität treffen sie die Schwächsten: **Kinder, Kranke, Alte.** Sie zerstören Gesundheitssysteme, blockieren lebenswichtige Medikamente und treiben ganze Gesellschaften in Armut und Verzweiflung.



Es sind nicht Regierungen,
die leiden – es sind Menschen.

Die Fakten – erschütternd und klar:

- Eine internationale Studie schätzt, dass jährlich **über 500'000 Menschen weltweit als Folge von Sanktionen sterben.** (www.thelancet.com)
- Syrien: Medizinische Versorgung kollabierte – selbst **Krebsmedikamente waren nicht mehr verfügbar.**
- Venezuela: **Die Sterblichkeit stieg um mehr als 30 %** in besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen.

Sanktionen sind kein Mittel der Diplomatie – sie sind ein Krieg gegen Zivilisten.

Sie töten leise, langsam, oft unsichtbar.
Sie entziehen Menschen das Recht auf Gesundheit, Nahrung und Würde.
Und sie tun dies im Namen der «guten» Politik.

§ Sanktionen §



«Deshalb sagen wir JA zur Neutralitätsinitiative».

Ich will mich auch für die Beibehaltung unserer Neutralität, für Freiheit und Sicherheit einsetzen.
Ich unterstütze den Abstimmungskampf für eine glaubhafte und konsequente Neutralität.
Ich mache mit und werde Mitglied bei Pro Schweiz.



Jetzt aktiv
werden



«Sanktionen töten!»

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, heute zum zweiten Mal vor Ihnen zur schweizerischen Neutralität sprechen zu dürfen. Heute geht es um Sanktionen. Mit dem Titel meines Vortrags «Sanktionen töten» will ich Sie weder erschrecken noch eine grosse Polemik entfachen! Vielmehr geht es mir um eine sachliche Auseinandersetzung in sieben Punkten:

Erstens will ich aufzeigen, was Sanktionen sind, wer sie erlässt, welche Länder davon betroffen sind – und welche nicht. Zweitens nenne ich die Gründe, die UNO, EU oder einzelne Staaten dazu bewegen, wirtschaftliche Zwangsmassnahmen gegen andere Staaten zu verhängen.

Ihr gesunder Menschenverstand sagt Ihnen, dass Sanktionen das Fehlverhalten oder Unrecht eines Staates korrigieren sollen. Ich werde aber drittens zeigen, dass es noch andere Gründe gibt: nämlich politische Macht – genauer gesagt die Macht des Stärkeren. Viertens veranschauliche ich dies am Beispiel der jahrzehntelangen Blockade von Kuba.

Fünftens komme ich zu den Wirkungen wirtschaftlicher Zwangsmassnahmen. Diese sind vielfältig, aber eher wenig erfolgreich. Dagegen sind die unerwünschten Nebenwirkungen zahlreich: Sanktionen führen unter anderem zu einer grossen Zahl von Toten. Ich muss davon sprechen, denn in den Medien erfahren Sie selten etwas über diese «stillen Toten» – im Gegensatz zu den «lauten Toten» der weltweiten Kriege.

Sechstens gehe ich auf die EU-Sanktionen gegen Einzelpersonen ein und illustriere dies am bekannten Fall von Jacques Baud, einem ehemaligen Schweizer Obersten und Diplomaten.

Siebtens ziehe ich Bilanz: Wie beurteile ich Sanktionen als Politologe, und welche Folgerungen sind daraus für die Schweiz und ihre Neutralität zu ziehen?

1. Was Sanktionen sind, wer sie erlässt, und wer davon betroffen ist

Zwangsmassnahmen und ihre Mittel

Sanktionen sind Zwangsmassnahmen, die ein Land zur Änderung einer Politik veranlassen sollen, die nach Ansicht des Sanktionierenden unerwünscht oder widerrechtlich ist. Ihre geläufigsten Massnahmen sind die folgenden:

1. Handels- und Finanzierungsbeschränkungen sollen die Wirtschaft des sanktionierten Landes schwächen und sind am häufigsten.
2. Diplomatische Sanktionen sollen ein Regime international isolieren.
3. Waffenembargos sollen unerwünschte Aufrüstung verhindern.
4. Sanktionen gegen Einzelpersonen oder Organisationen richten sich direkt gegen Verantwortliche.

Wer sanktioniert – und warum?

Die Vereinten Nationen

Die UN-Charta verpflichtet jeden Staat, auf Gewalt oder Gewaltandrohung zu verzichten. Verstösse gegen dieses Gebot sowie schwere Menschenrechtsverletzungen sind Hauptgründe für UN-Sanktionen.

Viele Massnahmen sind wirtschaftlicher Natur: Embargos, Zölle, Blockierung von Kapital oder Zahlungsverkehr.

Doch nur ein kleiner Teil der Völkerrechtsverletzungen wird geahndet, da die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats jedes Verfahren mit einem Veto blockieren können.

Ein prominentes Beispiel ist Israel: Die UN-Vollversammlung verurteilt dessen Übergriffe gegen palästinensische Minderheiten regelmässig – doch Sanktionen scheitern am Veto, vor allem der USA.

Beispiele für tatsächlich verhängte UN-Sanktionen betreffen u. a. den Iran, den Südsudan, Nordkorea, den Libanon sowie verschiedene Bürgerkriege.

Die Europäische Union

Der EU-Rat verhängt Sanktionen, wenn Demokratie oder Frieden gefährdet sind oder wenn Entwicklungen den Zielen und Werten der EU widersprechen. Das ist ein deutlich grösseres Anwendungsgebiet als bei der UNO.

Bekannte Beispiele sind Nordkorea, Iran, Venezuela, Syrien, Myanmar, Russland sowie die Taliban in Afghanistan.

Nicht sanktioniert wurden hingegen die Diskriminierungen und Ausschreitungen gegen russische Minderheiten in den baltischen Staaten oder in der Ostukraine (vor 2022).

Sanktionen durch Einzelstaaten

Mächtige Staaten bedienen sich der Sanktionen, um Verletzungen ihrer – oft nur behaupteten – Sicherheitsinteressen zu ahnden. Vor allem die USA nutzen dieses Instrument weltweit und ausgiebig. Beispiele sind Brasilien, Kuba, Venezuela, Iran, Nordkorea oder Russland.

2. Wer wird sanktioniert, wer nicht – und warum?

Von Ländern, die wir bisher erwähnt haben, waren Verstösse gegen internationales Recht Grund der Sanktionen, so Russland, Syrien oder der Iran. Hingegen finden wir Länder, die trotz vergleichbarer Verstösse gegen das Völkerrecht nicht sanktioniert wurden: die Ukraine, die USA und Israel. Im Falle der USA und Israels kam es sogar zu schwersten Verletzungen des Völkerrechts und der UN-Charta – wie im jüngsten Angriffskrieg gegen den Iran. Das zeigt die Schwäche der internationalen Friedensordnung und die Einseitigkeit der Anwendung internationalen Rechts.

Es zeigt die wahren Gründe vieler Sanktionen: politische und ökonomische Macht. Sanktionen folgen oft dem Recht des Stärkeren.

3. Sanktionen als Recht des Stärkeren – Beispiel Kuba

Mit der «Monroe-Doktrin» nahmen sich die USA 1823 das Recht heraus, in Länder Amerikas einzugreifen, um ihre Vorherrschaft zu sichern. In Südamerika intervenierten sie dutzendfach, um «regime changes» herbeizuführen. Diese imperialen Vorstellungen bestehen bis heute – etwa im Fall Venezuelas oder der angedrohten «Übernahme» Grönlands.

Seit der Machtübernahme Fidel Castros missfällt den USA ein sozialistisches Regime vor ihrer Küste. Deshalb belegen sie Kuba seit 1962 mit einer totalen Wirtschaftsblockade. Auch Drittländer sind betroffen: Wer mit Kuba Handel treibt, riskiert Strafen. Mehrere Schweizer Banken tätigen deshalb keine Überweisungen nach Kuba.

Diese Zwangsmassnahmen sind völkerrechtswidrig. Die UN-Vollversammlung rügt dies seit 1962 Jahr für Jahr – ohne Wirkung. Trump verstärkte die Blockade sogar.

Folgen der Blockade

Kuba ist wirtschaftlich schwer beeinträchtigt. Die Planwirtschaft funktioniert schlecht, mit wenigen Ausnahmen wie dem Gesundheitssystem, das laut WHO zu den besten weltweit gehört.

Der Privatsektor ist schmal; der Tourismus ist einer der wenigen Devisenbringer. Die historische Architektur Havannas verfällt, die unteren Bevölkerungsschichten sind verarmt.

Doch das Ziel der USA wurde nicht erreicht: Es gibt keine nennenswerte Opposition, die das Regime stürzen würde. Viele Beobachter glauben, die Sanktionen hätten eher zur Solidarisierung mit dem Regime geführt.

4. Wirkungen von Sanktionen

Die UNO hat die Auswirkungen ihrer selbst erlassenen Sanktionen in mehreren Berichten überprüft. Ein Selbstreport zu 26 Sanktionen seit 1991 zeigt die Folgen ihrer Massnahmen (in Prozent der Fälle)

Intendierte Wirkungen:	Hoch 14 %
	Mittel 38 %
	Gering 49 %
Nicht intendierte Wirkungen:	93 %
• mehr Korruption/Kriminalität:	58 %
• negative humanitäre Wirkungen:	44 %
• Stärkung autoritärer Regierungen:	36 %
• Schaden für das Ansehen des Sicherheitsrats:	37 %
Negative Auswirkungen auf Bevölkerung:	60 %

Ohne näher auf die Zahlen einzugehen, zeigt sich doch ein ernüchterndes Bild: Sanktionen erreichen ihre eigentlichen Ziele oft nur wenig, während ihre ungewollten Nebenwirkungen und der Schaden für die Bevölkerung beträchtlich sind.

Aus wissenschaftlichen Berichten stammen folgende Erkenntnisse:

- Machtwechsel sind äusserst selten (prominente Ausnahme: das Ende des Apartheid-Regimes in Südafrika).
- Die Bevölkerung solidarisiert sich mit dem Regime.
- Sanktionen treffen die Bevölkerung, nicht die Führung.
- Sie verlängern oder verhärten Konflikte und können Vorstufen von Kriegen sein.
- Sie verursachen hohe wirtschaftliche Kosten – und viele Menschenleben.

Nach Schätzungen des Lancet-Instituts sterben jährlich über 500 000 Menschen infolge von Sanktionen – vor allem Kinder und Alte. Über diese «stillen Toten» erfahren

wir kaum etwas, obwohl es mehr sind als die jährlichen Kriegsoffer.

5. Sanktionen gegen Einzelpersonen und Organisationen

Fall Jacques Baud

In jüngster Zeit haben Sanktionen gegen Organisationen oder Einzelpersonen stark zugenommen. Ein für die Schweiz unglaublicher Fall ist jener von Jacques Baud. Der EU-Rat sanktionierte ihn wegen angeblicher prorussischer Propaganda. Über Nacht durfte er seine Wohnung in Belgien nicht mehr verlassen, nicht ausreisen, sein Konto war gesperrt.

Es gab weder Anhörung noch ordentliches Verfahren. Baud weist die Vorwürfe zurück. Er hatte lediglich Beiträge publiziert, die der offiziellen EU-Darstellung des Ukraine-Konflikts widersprachen.

Das EDA half ihm nicht, viele Medien schwiegen. Erst spät wurde das Verfahren kritisiert. Mit den Vorwürfen selbst setzten sich die Leitmedien kaum auseinander, obwohl Baud sie glaubhaft widerlegen kann – etwa die Behauptung, er sei in russischen Medien aufgetreten, was nicht stimmt.

Das Sanktionsregime der EU

Die EU-Sanktionen dienten offensichtlich der Zensur einer als schädlich beurteilten Meinung und sind kein Einzelfall. Baud wurde zum Opfer eines Sanktionsregimes, das gegen Personen verhängt wird, denen «Desinformation» oder «Verschwörungstheorien» vorgeworfen werden. In Deutschland gibt es sogar eine «Jedermannspflicht»: Wer von Sanktionsumgehungen erfährt und sie nicht meldet, macht sich strafbar.

Die EU führt ein Register mit über 5000 sanktionierten Personen und Organisationen – darunter nicht nur Oligarchen, sondern auch kritische Publizisten. Diese Sanktionen gelten als «smart», weil sie gezielt Einzelne treffen sollen. Doch sie verletzen grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien: Es gibt kein ordentliches Verfahren, der EU-Rat ist Gesetzgeber und Richter zugleich, und die Massnahmen greifen schwer in persönliche Freiheit, Berufsfreiheit und Meinungsäusserungsfreiheit ein.



6. Fazit

Mein Fazit lässt sich in einem einzigen Satz zusammenfassen:

Sanktionen sind kein Mittel der Friedensförderung. Sie folgen der Logik von Feindseligkeit und Krieg.

7. Folgerungen für die Schweiz und ihre Neutralität

Wirtschaftliche Zwangsmassnahmen fördern eher das Kriegsrisiko und sind mit der Friedensidee der Neutralität nicht vereinbar.

Sanktionen gefährden die Glaubwürdigkeit der Neutralität, machen die Schweiz zur Komplizin von Konfliktparteien und beeinträchtigen ihre Vermittlungsfähigkeit.

Die Neutralitätsinitiative ist konsequent, wenn sie fordert, dass sich die Schweiz nicht an wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen gegen kriegsführende Staaten beteiligt – mit Ausnahme der UNO-Sanktionen, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist.

Ausblick – klügere Wege als Sanktionen

Klüger als Sanktionen sind die Vermittlungstätigkeiten der neutralen Schweiz.

Die Geschichte zeigt zahlreiche Beispiele:

- Seit 1953 überwachen Schweizer Armeeangehörige die Waffenstillstandszone zwischen Nord- und Südkorea.

- 1962 organisierte die Schweiz die Konferenz von Evian, die den Kolonialkrieg zwischen Frankreich und Algerien beendete.
- Sie ermöglichte die Fortsetzung der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Kuba bzw. Iran.
- Die Neutralität der Schweiz diente 1955 als Vorbild für die Unabhängigkeit Österreichs.
- Schweizer Diplomaten spielten eine zentrale Rolle in Konflikten in Tschetschenien, Abchasien und Georgien.
- Die OSZE, in der alle europäischen Staaten vertreten sind, wurde mehrfach von Schweizer Generalsekretären geführt.

Die Guten Dienste der Schweiz sind also keineswegs zu unterschätzen. Auch internationale Organisationen brauchen vertrauenswürdige Vermittler. Die stillen und kontinuierlichen Bemühungen, Konflikte durch Vermittlung friedlich zu lösen, bleiben wichtig.

Die Neutralitätsinitiative beschränkt das Mitmachen bei Zwangsmassnahmen, die sich einen internationalen Anstrich geben. Die Schweiz befolgt nur die Sanktionen der UNO, nicht aber jene der EU oder anderer Länder. Wird die Initiative angenommen, stärkt dies die Unabhängigkeit der Schweiz und bewahrt ihre Rolle als Vermittler.

Trotz Wettrüsten und zunehmender Kriegsgefahr orientiert sich die Schweiz an der UN-Friedenscharta, die den Gewaltverzicht fordert. Dieser Grundsatz bleibt eine Hoffnung – gerade für kleinere Staaten.

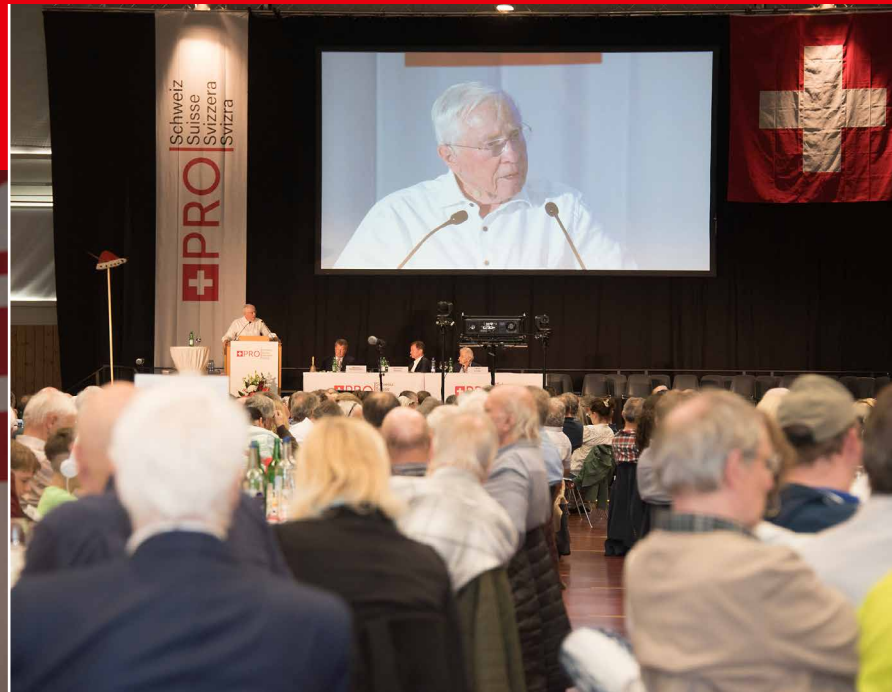
Der Bundesrat sollte daher Verletzungen des Gewaltverbots klar benennen. Angesichts ihrer grossen Zahl kann er dies nicht in allen Fällen tun. Bei schweren Verletzungen sollte er dies aber unparteiisch und gegenüber allen Seiten tun.

Pro Schweiz ist mit Ihrem Engagement nicht allein. Viele stehen zusammen – gegen Sanktionen und Krieg, für Neutralität und Frieden.



Sanktionen sind kein Mittel der Friedensförderung. Sie folgen der Logik von Feindseligkeit und Krieg.

Dr. Christoph Blocher,
alt Nationalrat und alt Bundesrat



«Schweizer Neutralität oder Krieg in der Schweiz»

I. Das Wunder der Schweiz

Der Ökonom Friedrich Engels, ein Kommunist, bereiste Mitte des 19. Jahrhunderts alle europäischen Länder und stellte unmittelbar vor der Gründung des schweizerischen Bundesstaates – also vor 1848 – fest, dass mit allen europäischen Ländern wirtschaftlich zu rechnen sei – mit einer Ausnahme: der Schweiz. Diese sei klein, verfüge über keine Bodenschätze, über keinen Binnenmarkt und keinen Meeranschluss. Die Schweiz habe eine unmögliche topografische Lage mit einem Alpenriegel. Mit vier Sprachen sei sie nicht kommunizierbar.

Er spottete über die «Freiheit der Viehzüchter» und sprach (wörtlich) von «Barbarei», «Stagnation» und «Stammeskämpfen des Ur-Schweizertums». Die Schweiz – so Engels weiter – sei ein «Überbleibsel einer vergangenen Geschichtsepoche».

Ökonomisch gesehen hatte Engels bei aller Übertreibung so unrecht auch wieder nicht. Mit diesen ökonomischen Hindernissen ist das Schweizerland nicht gerade mit Erfolgsfaktoren gesegnet, ja es müsste zum Untergang verdammt sein.

Doch machen wir einen Sprung: Wie hat sich die Schweiz entwickelt?

Aus dem einstigen Armenhaus Europas ist eine der wohlhabendsten Nationen der Welt geworden. Sie schwingt in internationalen Ranglisten bezüglich Wohlstand oder Zufriedenheit regelmässig obenaus. Sie hat aus ihrer Armut etwas gemacht und die allgemeinen wirtschaftlichen Nachteile missachtet.

Es ist der Sonderfall Schweiz, mit einer erfolgreichen Staatsform, die zum Erfolg führte.

Das Geschehene grenzt an ein Wunder!

Die Devise hiess:

Mit der ganzen Welt freundschaftlich und offen verkehren, global wirtschaftlich tätig sein, aber die Gestaltung des eigenen Landes nicht aus den Händen geben. Selbstbestimmt handeln.

Das heisst: Gegen aussen unabhängig, gegen innen freiheitlich, mit weltweit einzigartigen Bürgerrechten, föderalistisch aufgebaut, marktwirtschaftlich, aber selbstbestimmt. Die Regeln des Zusammenlebens gab sich die Schweiz selber. Oder wie dies der erste Präsident des Bundesrates des neuen schweizerischen Bundesstaates von 1848, Johannes Furrer, angesichts internationaler Einmischungen aussprach: «Die unabhängige Schweiz wird sich weiterhin selber regieren!».

II. Von Kriegen verschont

Erstaunlich ist aber nicht nur der wirtschaftliche Erfolg, sondern auch das Leben in Frieden. Die Schweiz konnte sich über 200 Jahre verteidigen ohne Kriege führen zu müssen. Sie wusste stets: «Si vis pacem para bellum.» Oder auf deutsch: «Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor.»

In nächster Nähe gab es fürchterliche Kriege, aber die Schweiz blieb verschont und konnte den Frieden bewahren.

Diesen Frieden verdanken wir auch wieder einer Besonderheit, nämlich der schweizerischen Neutralität – nicht irgendeiner Neutralität –, **sondern der schweizerischen**. Ihr verdanken wir eine Schweiz ohne Krieg. Es ist die **immerwährende, bewaffnete, integrale Neutralität** – die erfolgreiche Verteidigungsmaxime des Kleinstaates Schweiz.

Diese Maxime hat sich in der geschichtlichen Realität mehr als bewährt:

- **1856/57** drohte der **König von Preussen** mit dem Einmarsch von bis zu 150 000 Soldaten, um das **Fürstentum Neuenburg** zurückzuerobern. Die Schweiz wehrte sich: Die Schweiz behielt Neuenburg als Kanton, der preussische König lediglich den Titel eines «Fürsten von Neuenburg».
- **1859/60** wollten einige Hitzköpfe die Schweiz in den **Savoyerhandel** hineinziehen und einen Krieg gegen Frankreich anzetteln. Vernünftige Neutrale wie Alfred Escher haben das unter Berufung auf die schweizerische Neutralität **zum Glück verhindert**.
- Eine noch grössere Gefahr bildete **1870/71 der Deutsch-Französische Krieg**. Besonders gefährlich wurde es, als eine geschlagene französische Armee unter General Bourbaki Richtung Juragrenze abgedrängt wurde. Unter Berufung auf die schweizerische Neutralität konnte die völlig demoralisierte französische Bourbaki-Armee entwaffnet und in der Schweiz interniert werden, **ohne dass Deutschland oder Frankreich Gegenmassnahmen ergriffen**.
- Im entsetzlichen **Ersten Weltkrieg** (1914 bis 1918) mit etwa 17 Millionen Toten blieb die Schweiz wiederum verschont. Die Kriegführenden respektierten die **schweizerische Neutralität**. Der Feind wurde abge-

halten durch die immerwährende, bewaffnete und integrale Neutralität. So schuf man kein Motiv zum Angriff und schreckte mit der Armee ab. Abschreckung war das Gebot der Zeit – militärisch Dissuasion genannt. Das heisst: Wenn trotz neutraler Haltung ein Angriff erfolgen sollte, dann muss der Gegner bei einem Angriff mit zu vielen Opfern rechnen. Ein Angriff darf sich für den Angreifer nicht lohnen. **Die Schweiz überstand den fürchterlichen Ersten Weltkrieg ohne Krieg im eigenen Land.**

- Eine grosse Rolle spielte die immerwährende, bewaffnete und integrale Neutralität mit ihrer Dissuasion auch im **Höllenstein des Zweiten Weltkriegs** (1939 bis 1945), der 60 bis 80 Millionen Tote zurückliess. Insgesamt 800 000 Mann (immerhin 20 Prozent der damaligen 4-Millionen-Bevölkerung) bewachten das hiesige Staatsgebiet. Sämtliche Alpenübergänge, Brücken, Tunnels und Fabrikanlagen waren zur Sprengung vorbereitet. Nicht nur das «Neutralsein», sondern auch diese Abschreckung war der Zweck. Und so konnte die **Schweiz ihre Staatssäulen – Souveränität, Demokratie, Freiheit, Föderalismus – auch in dieser extrem schwierigen Zeit erhalten**, obwohl völlig umringt von Hitlers Deutschland und Mussolinis Italien.

Aber dieses wichtige Friedensinstrument – die schweizerische Neutralität – musste sich die Schweiz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs zuerst einmal zurückerkämpfen, weil sie diese in friedenspolitischem Überschwang nach dem Ersten Weltkrieg vernachlässigt hatte.

Denn 1920 trat sie im Friedensrausch dem Völkerbund bei. Die Classe politique beschwor die Stimmbürger: Die Schweiz brauche dringend diese Offenheit und müsse sich der Welt anpassen – so hiess es schon damals. Die gleichen Schallplatten ertönen heute wieder zur UNO-Mitgliedschaft und zur EU-Unterwerfung oder zum Nato-Beitritt. Aber wie heute galt: alles Schall und Rauch. Man opferte damit die **integrale Neutralität**. **Sie durfte nur noch dauernd bewaffnet, aber nicht mehr integral sein**. Die nicht militärischen Zwangsmassnahmen wie Wirtschaftssanktionen, diplomatische Beschränkungen und vieles mehr musste die Schweiz auf Geheiss des Völkerbundes vollziehen.

Naiv glaubte die Mehrheit der Schweizer damals – wie heute wieder viele Schweizer – vor allem die Classe



Es war diese schweizerische Neutralität – die integrale Neutralität –, die der Schweiz den Frieden in diesem mörderischen Zweiten Weltkrieg sicherte.

politique –, eine internationale Organisation Sorge für die umfassende Sicherheit und für den Weltfrieden. Es galten die goldenen Zwanziger Jahre! Damit musste sich die Schweiz zwar nicht an militärischen Kampfmassnahmen des Völkerbundes beteiligen, aber an den nicht militärischen. Ende der integralen Neutralität!

III. Das Schlüsseljahr 1938

Doch die Preisgabe der integralen Neutralität durch die Schweiz rächte sich bitterlich. Die Schweiz geriet tatsächlich bald zwischen die Blöcke dieser Organisation.

Sie führte unser Land in den 1930er Jahren in eine aussenpolitische Sackgasse. Als Mussolinis Truppen Äthiopien angriffen, musste die Schweiz die Wirtschaftssanktionen des Völkerbunds gegen Italien übernehmen, und Mussolini drohte daraufhin der Schweiz unverhohlen mit Krieg: Er habe seine Augen auf das Tessin gerichtet, weil die Schweiz ihre Neutralität und ihren Zusammenhang verloren habe und eines Tages auseinanderfallen müsse wie viele kleine Staaten.

Dem Hintersten und Letzten wurde klar, wie gefährlich diese eingeschränkte Neutralität war. **Die Schweiz musste** – um keinen Krieg gegen ihr südliches Nachbarland zu riskieren – **zwingend zurück zur integralen Neutralität**. Im Nationalrat erklärte Bundesrat Giuseppe Motta deshalb 1938: **«Nach Ansicht des Bundesrates muss die Eidgenossenschaft ohne Zögern klar zum Ausdruck bringen, dass sie sich nicht mit einer differenziellen Neutralität zufriedengeben kann, sondern dass diese gemäss ihrer jahrhundertealten Tradition vollumfänglich sein muss.»**

An einer Volksversammlung rief Bundesrat Motta unter dem Jubel der Anwesenden: **«Es wird in Zukunft keine differenzielle Neutralität mehr geben. Nach einer kurzen Phase, in der wir ehrlich glaubten, eine weniger rigorose Neutralität wagen zu können, kehrt unsere Aussenpolitik in ihre traditionelle Bahn zurück. Die Neutralität wird wieder das, was sie während Jahrhunderten gewesen war: uneingeschränkt und ewig.»**

Oh – meine Damen und Herren – wie wahr. Wo ist der

heutige Vertreter des Departementes des Äusseren, der solche kraftvolle Aussagen über seine Lippen bringt?

Durch das ganze Land ging damals ein hörbares Aufatmen. Jedermann war froh, dass der Spuk mit der sogenannten «differenziellen Neutralität» vorbei war.

Bundesrat Rudolf Minger meinte erleichtert: **«Gottseidank, ist dieser Albtraum vorbei!»**

Herr Bundesrat Cassis, folgen sie ihrem Tessiner Vorgänger Giuseppe Motta nach – noch ist es dazu nicht zu spät!

Denn es war auch der gleiche Motta, der 1920 zu dem feurigsten Befürworter der Schweizer Mitgliedschaft im Völkerbund gehörte. Ebenso feurig, wie Sie – Herr Bundesrat Cassis – sich für die Russland-Sanktionen, die EU-Bindung, für UNO-Beschlüsse und vielerlei andere unnütze, aber schädliche Dinge engagieren.

Motta sah rechtzeitig ein – und darin besteht seine Grösse –, dass er 1920 das Schweizer Volk in eine internationale Organisation irregeleitet hatte.

Er wandte sich 1938 darum **zurück in die Zukunft**: Und das gereichte der Schweiz zum Segen.

Die Rückkehr zur integralen schweizerischen Neutralität hat nicht nur den Krieg mit Italien verhindert, sondern viel mehr: Der wichtige Schritt erfolgte nämlich nur einige Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges.

Es war diese schweizerische Neutralität – die integrale Neutralität –, die der Schweiz den Frieden in diesem mörderischen Zweiten Weltkrieg sicherte.

IV. Und heute?

Meine Damen und Herren

Heute sind wir wieder in einer ähnlichen Situation wie 1920: bei der Preisgabe der umfassenden Neutralität. Die Diskussion im Nationalrat hat gezeigt: Die Mehrheit der classe politique will überhaupt keine schweizerische Neutralität mehr.

Nicht nur die integrale, sondern sogar auch die dauernd bewaffnete Neutralität wurde verworfen. Selbst ein Gegenvorschlag, der sich auf die militärische Neutralität beschränkte, wurde verworfen.

Damit steigt die **Kriegsgefahr für die Schweiz erheblich!** Die Politiker wollen freie Hand bei fremden Händeln und für die Kriegsführung. Die leidende und machtlose Bevölkerung würde allein und ungeschützt bleiben.

Genau dies ist 2022 geschehen: Die Schweiz knickte **unter dem Druck der USA und der schweizerischen Grossbanken ein – und hat die EU-Sanktionen gegen Russland völlig neutralitätswidrig übernommen. Der Bundesrat machte damit die Schweiz zur Kriegspartei – und erst noch gegenüber einer Atommacht.**

Damit hat die schweizerische Neutralität gegenüber allen Staaten schweren Schaden erlitten.

Diese Neutralitätsverletzung hat die Glaubwürdigkeit und die Verlässlichkeit der Schweiz geschwächt.

Darum, meine Damen und Herren, **die Neutralitätsinitiative ist ein wichtiger Schritt in eine sichere und friedliche Schweiz.**

Ohne diese Neutralität gibt es Krieg in der Schweiz.

Nur eine solche umfassende Neutralität schafft Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Vertrauen. Das wird die Annahme dieser Initiative wieder gewährleisten.

Zusammenfassend halten wir fest:

Neutralität bedeutet:

- Die Schweiz ist **für niemanden eine Kriegspartei**. Dies gilt nicht nur militärisch, sondern integral.
- Durch die **bewaffnete Neutralität** muss ein potenzieller Gegner bei einer Kosten-Nutzen-Abwägung zum Schluss kommen, **dass ein Angriff nicht lohnend wäre.**

Wer diese Neutralität relativiert oder flexibilisieren will, wer eine Annäherung an die Nato oder an einen Nato-Beitritt denkt oder den Anschluss an ein EU-Militärbündnis anstrebt, nimmt letztlich das Gegenteil des Friedens in der Schweiz in Kauf: nämlich den Krieg.

V. Neutralität als Identifikationsmerkmal

Als internationaler Unternehmer habe ich stets erlebt: Als Schweizer werden wir im Ausland gerade wegen

unserer Neutralität geschätzt. Wie oft haben mir auf Reisen Menschen unterschiedlichster Herkunft ihre Anerkennung über die Schweizer Neutralität ausgesprochen!

Es ist leicht vorauszusehen: Wenn wir die Neutralität preisgeben, interessiert sich niemand mehr für uns. Die Schweiz entledigt sich dann einer wichtigen Erfolgsäule. Denn die Neutralität gibt der Schweiz erst ihren heutigen Wert.

Diese Welt braucht irgendwo einen neutralen Fleck auf der Welt, wo die Streitenden, die Kriegführenden wieder miteinander reden und über Frieden verhandeln können.

Die schweizerische Neutralität ist auch darum ein wertvoller Beitrag an den Weltfrieden!



Geschichte kennen!
Kostenlos bestellen im
Pro Schweiz Shop



Gessler-Hut:
Mahnmal für
Unterdrückung
und fremde Herr-
schaft: Stoppen
wir die neuen
Gessler-Hüte!

«Ein Gespenst treibt sein Unwesen»

Ein Gespenst treibt seit drei Jahrzehnten sein Unwesen in der Schweiz.

Das Gespenst der Selbstaufgabe, der Unterwerfung und der machtmisbrauchenden Eliten in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Medien.

Dabei hat die Schweiz viel zu verlieren: Ihre direkte Demokratie, ihre Freiheit und ihre bewährte Neutralität, die uns nicht nur Sicherheit, sondern auch Wohlstand bringt. Und sie hat mit einer Rückkehr zum Bewährten viel zu gewinnen. Mit der Neutralität und einer starken Armee ihre Sicherheit. Ohne EU-Unterwerfung ihre erfolgreiche Wirtschaftsfreiheit und ihren Wohlstand und ohne Massenzuwanderung den Erhalt unserer Identität und der noch nicht zubetonierten Landschaften.

Die Fakten der letzten Jahrzehnte liegen auf dem Tisch:

- Der Wohlstand wächst bei Wenigen (Manager, Verbands- und Gewerkschaftsfunktionären sowie bei Berufspolitikern). Die allermeisten Normalbürger treten aber praktisch an Ort. Bescheidene Einkommensverbesserungen werden von explodierenden Mieten und Krankenkassenprämien mehr als weggefressen.
- Trotz 1 Million zusätzlicher Arbeitskräfte seit dem Jahre 2000 wird der Fachkräftemangel immer grösser.

Warum? Weil die Schweiz seit dem Jahr 2000 vorab mit der ungebremsen EU-Personenfreizügigkeit und dem tolerierten Asylmissbrauch um 1.9 Millionen Menschen gewachsen ist.

Diese 1.9 Millionen Menschen brauchen mehr Maurer, die Häuser bauen, mehr Ärzte und Pflegende, die sie betreuen, mehr Versorger, die sie versorgen, mehr Verwaltungsleute, die sie verwalten, mehr Buschauffeure, die sie transportieren und mehr Polizisten und Gefängniswärter, die mehr Kriminelle und Gewalttäter verfolgen und bewachen. 1.9 Millionen mehr Menschen in 25 Jahren brauchen mehr Land für mehr Wohnungen und Infrastruktur, mehr Strom und Energie. Und sie produzieren mehr Abfall. Seit dem Jahr 2000 fahren zuwanderungsgetrieben über 1.2 Millionen mehr Autos auf Schweizer Strassen. Das heisst, mehr von allem für 1.9 Millionen mehr Menschen. 1.9 Millionen Menschen entsprechen 4x der Bevölkerung der Stadt Zürich, 14x Bern, 25x St. Gallen. Die Schweiz wächst 16x schneller als Deutschland!

Was bedeutet dieser Irrsinn? Es braucht zusätzlich jährlich über 40 000 neue Wohnungen, 1600 Pflegepersonen, 47 000 Autos, 566 Millionen kWh Strom und 35 Quadratkilometer Siedlungsfläche.

- Der Dichtestress ist überall spürbar: Überfüllte Züge, verstopfte Strassen, Wohnungsnot trotz einer enormen Bautätigkeit mit steigenden Mieten.

Und was ist die Lösung der Mehrheit im Bundesbern? Augen zu und mit dem EU-Unterwerfungsvertrag noch rasanter in die Irre. Mit noch mehr Zuwanderung, noch mehr Regulierung und noch mehr Milliardenzahlungen. Das dies den Managern der Pharmaindustrie und der Grossverteiler gefällt, wenn ihnen das System jährlich rund 100 000 zusätzliche Kunden in die Läden spült, ist klar. Aber für die Schweiz und für die Allermeisten im Land, selbst für die bereits Zugewanderten und Integrierten, ist diese Endlosspirale eine Katastrophe. Auch die AHV ist über dieses, ansonsten staatlich verbotene «Schneeballsystem», nicht zu retten. Denn auch die Masse an Zuwanderer wird einmal alt.

Die Fehlentwicklung in der Schweiz hat mit der Massenzuwanderung und der EU-hörigen Mehrheit in Bundesbern eine gefährliche Dynamik angenommen. Der Staat wird immer «gefräsiger» und dreister.

Die Bürokratie und der Regulierungswahn schwappen, von unserer Bundeshausmehrheit toleriert, aus Brüssel herüber in die Schweiz. Und die Staatsausgaben steigen und steigen.

Volksentscheide werden, wie die von Volk und Ständen angenommenen Volksinitiativen über die Massenzuwanderung oder über die Ausschaffung krimineller Ausländer, ganz nach abgehobener Brüsseler-Funktionsmanier nicht mehr umgesetzt. Die diesbezügliche Verfassungsbrecher-Mehrheit in Bundesbern ist auch daran, unsere bewährte, immerwährende, bewaffnete und integrale Neutralität zu schleifen, um die Schweiz schrittweise in die EU und in die Nato zu verführen.

Dass sich die SP und die Grünen auf diese Seite schlagen ist klar. Sie wollen mit der Schweiz in die EU. Ihre Kader sehnen sich geradezu nach der Allmacht der abgehobenen Verwaltung à la EU-Zentrale in Brüssel. Sie sehnen sich nach Reisen in die EU-Staaten, auf die organisierte Unverantwortlichkeit und nach Gruppenfotos mit den Mächtigen auf den Treppchen. Ja, sie sehnen sich auf ihrem Lebensweg über die JUSO, die SP-Parteiführung und angenehme Parlamentszeit nach einem lebenslangen, gutbezahlten Pöstchen im EU-Krisenverein, wo sie ihren sozialistischen Traum der vollständigen Bevormundung und Überwachung der Bürger aus der EU-Anonymität heraus durchorganisieren können. Dass sich aber die Mittepartei und selbst die FDP, unterstützt vom Grossteil der Medien diesem Treiben anschliessen, ist nicht nachvollziehbar.

Darum meine Bitte an die Mitte und die FDP. Überwindet endlich die selbstverschuldete Schmach, dass euch die

SVP seit eurer Angstkampagne zur EWR-Abstimmung 1992 in der Wählergunst überholt hat. Hört auf, das Volk jetzt wieder mit Tricks wie dem Aushebeln des Ständemehrs, mit Gaunerwörtern wie «Bilaterale III», «Stabilisierungsabkommen» und «kein Demokratieverlust» sowie den gleichen Untergangsszenarien wie beim EWR zu übertölpeln. Kämpft endlich wieder für die Schweiz und nicht einfach neidgetrieben gegen die SVP. Dann geht es der Schweiz besser und euren Parteien auch.

Kämpft endlich wieder für den Erhalt unserer direkten Demokratie und lebt sie auch konsequent bis und mit der Umsetzung von Volksentscheiden und Verfassungsaufträgen. Kehrt zurück zur bewährten, immerwährenden, bewaffneten und integralen Neutralität. Diesem Erfolgs-System, dem wir Wohlstand und Frieden zu verdanken haben. Warum will man dieses Erfolgssystem, das von bürgerlichen Parteien wie auch von der ehemaligen Arbeiterpartei SP getragen wurde, dem Anti-Schweiz-Modell EU opfern?

Klar ist, wir Schweizer sind nicht die besseren Menschen als andere, aber wir haben das bessere System. Den ausländischen Einwanderern, ja selbst Asylanten ist kein Vorwurf zu machen. Sie nutzen ganz einfach die von der Mehrheit im Bundeshaus installierten grosszügigen Möglichkeiten. Der Grund für die Fehlentwicklung sitzt also nicht im Ausland, sondern in Bundesbern. Es sind die Linken und die «Michels», die aktuell wieder daran sind, mit der EU-Unterwerfung und der Neutralitätsschleifung das Fundament unseres Landes zu untergraben.

Das heisst für uns von Pro Schweiz: Demokratischer Widerstand ist Pflicht. Auch unter Inkaufnahme von Widrigkeiten! Damit die Schweiz Schweiz bleibt.



Hier finden Sie alle Reden, anlässlich der 4. Mitgliederversammlung von Pro Schweiz vom 18. April 2026 in der Mehrzweckhalle der Kaserne Bern, Bern





Agenda

Öffentliche Bundesfeier 2026

«Seid einig, einig, einig!»

Am **Freitag, 31. Juli 2026**, 14.00 Uhr lädt Pro Schweiz zur Bundesfeier auf dem **Tellspiel-Areal in Matten bei Interlaken** ein. Gemeinsam feiern wir den Vorabend des Nationalfeiertages mit einem vielfältigen Programm und starken Stimmen aus unserem Land.

Mitwirkende:

alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher, Dr. Stephan Reitiker, Präsident Pro Schweiz, alt Ständerat/Nationalrat Adrian Amstutz, alt Nationalrat Walter Wobmann, Tell Freilichtspiele Interlaken, Berner Dragoner, Historische Fahnengruppe Interlaken, Musikgesellschaft Matten b. Interlaken, Alphörner und Fahenschwinger etc.

Einladung mit Detailprogramm folgt.



Jetzt anmelden



Folgen Sie uns auf www.proschweiz.ch

Bitte teilen Sie uns auf info@proschweiz.ch Ihre E-Mail-Adresse mit. Damit können wir Sie auf dem Laufenden halten. Wir halten uns strikt an die Datenschutzvorgaben und geben die Adressen nicht an Dritte weiter.

Mitmachen!

liken, teilen, gefällt mir, abonnieren!



PRO Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Postfach, 3822 Lauterbrunnen

Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch
www.proschweiz.ch